

Generalsekretär Volker Rühle:

Die Union ist eine Partei im Aufwind

Der Bundesvorstand der CDU hat sich am 23. April eingehend mit den Vorschlägen zur Wirtschafts- und Währungsunion beschäftigt, die von der Koalitionsrunde der Bundesregierung zuvor beraten und beschlossen wurden. Vor der Presse in Bonn nannte Generalsekretär Volker Rühle diese Vorschläge ein historisches Angebot an die Landsleute in der DDR, das ihnen eine feste Grundlage für eine Zukunft in der DDR gebe. Der Bundesvorstand habe sich deshalb hinter dieses Angebot gestellt und es ohne Vorbehalt bejaht. Rühle weiter:

Das Angebot der Bundesregierung zeugt insbesondere von großem Respekt gegenüber den älteren Menschen, den Rentnern, wenn man sich die Einzelheiten über die Rentenregelung ansieht. Es ist aber auch ein Angebot, das den notwendigen Wettbewerbsüberlegungen der Betriebe in der DDR Rechnung trägt. Und schließlich entspricht es dem Interesse aller Deutschen an einer stabilen DM.

Die Sozialdemokraten haben vor kurzem die Verschiebung des Staatsvertrages der Währungs- und Sozialunion gefordert. Wir haben das strikt abgelehnt, wir bleiben bei den angegebenen Zeiten.

Es zeigt sich jetzt an der ersten Reaktion auch von Lafontaine, die Konzeptionslosigkeit der SPD. Das Angebot der Bundesregierung zerstört die Strategie der SPD, hier in der Bundesrepublik eine Neid-

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Deutschland

Angebot der Bundesregierung für den Staatsvertrag mit der DDR. Seite 3

● Soziales

Norbert Blüm: Unsere Leistung — der Ausbau des Sozialstaates. Seite 5

● Bundeswehr-Forum

Paul Breuer: Die Bundeswehr ist das legitime Kind der Demokratie. Seite 11

Gerhard Stoltenberg: Die NATO als politischer Schrittmacher des neuen Europa. Seite 15

● Würdigung

Trauer um Helmut Lemke. Seite 18

● Öffentlichkeitsarbeit

Der neue Aufkleber der Frauen-Union und der Plakat-Überkleber „Wir danken für Ihr Vertrauen“. Seite 19

● Dokumentation

Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern. Grüner Teil

Alfred Dregger:

Gute Lösung für die Menschen in der DDR

Zu den Beschlüssen der Koalition zur Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Mit ihren Beschlüssen bietet die Koalition den Menschen in der DDR eine gute Lösung an. Unsere Landsleute in Mitteldeutschland wissen jetzt: Helmut Kohl und die Union halten Wort. Die Lohn- und Rentenempfänger, wie auch die Normalsparer, können sicher sein, daß ihre Einkommen bzw. Guthaben durch die Währungsumstellung real steigen. Die von uns angebotenen Umtauschkurse verbessern auch die Leistungsfähigkeit der Unternehmen, die sich in Zukunft auf dem Weltmarkt behaupten müssen. Zugleich wird sichergestellt, daß die DM stabil bleibt.

(Fortsetzung von Seite 1)

und Angstkampagne zu schüren und den Termin für die Währungs- und Wirtschaftsunion in Frage zu stellen.

Der Bundesvorstand hat weiter über die Lage der Union insgesamt diskutiert und ist zu der Auffassung gelangt, die auch durch jüngste Meinungsumfragen bestätigt wird, daß die Union eine Partei im Aufwind ist.

Die Bundestagswahl findet am 2. Dezember statt

Die Bundesbürger unterstützen, was in dieser schwierigen Situation des Übergangs zu einem einigen Deutschland von der CDU in der Bundesrepublik Deutschland geleistet wird. Der Bundesvorstand war sich einig, am Termin der Bundestagswahl am 2. Dezember festzuhalten.

Gewürdigt wurde auch die Leistung des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, der in einem überschaubaren Zeitraum die große Koalition gebildet und in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat, daß auch die Regierung der DDR die Wiedervereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 anstrebt.

Freigabe aller DM-Konten für Bewohner der DDR

Die Deutsche Bundesbank hat die bisherigen Verfügungsbeschränkungen über in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) belegene Vermögenswerte aufgehoben. Damit können Bewohner der DDR und von Berlin (Ost) über ihre privaten Konten bei den hiesigen Kreditinstitu-

ten völlig frei verfügen; bisher als „DM-Konto DDR“ geführte Konten (Sperrkonten) werden als Freikonten weitergeführt. Im Falle eines Transfers über diese Freikonten können nach einer Zusicherung der Staatsbank der DDR die Beträge in der DDR in vollem Umfang in DM ausgezahlt werden.

Angebot der Bundesregierung für den Staatsvertrag mit der DDR

Bundesregierung und Koalition haben sich nach intensiven Gesprächen, an denen auch die Deutsche Bundesbank beteiligt war, am 22. und 23. April über die Grundzüge eines Angebots für den Staatsvertrag mit der DDR zur Gründung einer Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft verständigt.

Bundesregierung und Koalition haben ihre Entschlossenheit unterstrichen, gemeinsam mit der DDR die Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zum Juli 1990 zu verwirklichen. Das Angebot der Bundesregierung ist getragen von der Verantwortung gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands und der Stabilität der deutschen Mark.

Das Angebot umfaßt folgende Punkte:

1 Löhne und Gehälter sollen grundsätzlich im Verhältnis 1:1 gegenüber dem heutigen Stand (ohne Ausgleichszahlungen für Subventionsabbau und Preisreform in der DDR) umgestellt werden. Bundesregierung und Koalition sind sich dabei einig, daß der künftigen Lohnpolitik eine große Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in der DDR zukommt.

2 Das Rentensystem der DDR soll dem Rentensystem in der Bundesrepublik Deutschland angepaßt werden, das heißt: 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsverdienstes bei 45 Versicherungsjahren. Eine solche Regelung bedeutet, daß die meisten Renten in D-Mark höher liegen werden als heute in Mark der DDR. Soweit in Einzelfällen sich ein niedrigerer Betrag in D-Mark gegenüber der bisherigen Höhe der Mark der DDR ergibt, wird sichergestellt, daß die bisherige Rentenhöhe in D-Mark gezahlt wird.

3 Die Geld- und Kreditbestände der in der DDR lebenden Deutschen sollen grundsätzlich im Verhältnis 2:1 umgestellt werden. Pro Person soll jedoch ein Betrag von bis zu 4000 Mark der DDR im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden können (Bargeld und Sparkonten zusammengenommen). Bei der darüber hinausgehenden Umstellung von 2:1 sollen Mißbrauchsmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

4 Für nicht in der DDR Ansässige sollen angemessene Regelungen vereinbart werden. Diese Regelungen sollen u. a. dem seit dem 1. Januar 1990 geltenden Umtauschkurs von 3:1 Rechnung tragen.

Kommentare

Ein gutes Angebot

Doch niemand darf annehmen, jetzt seien schon die größten Probleme bei der Währungsunion gelöst. Sie stecken nicht nur im Detail, sondern sie verbergen sich in einer Fülle hinter Fragen, die direkt mit den Umtauschkursen nichts zu tun haben und die vielfach nicht einmal in griffige Zahlen gekleidet werden können. Aber diese Probleme können ruhiger angegangen werden, nachdem vor allem die Bürger in der DDR wissen, welche materielle Basis sie zu erwarten haben. Das Angebot Bonns ist insgesamt so gut ausgefallen, daß es jetzt keinen vernünftigen Grund mehr für das Verlassen der Heimat gibt.

Rheinische Post

★ ★ ★

Vielen Bedenken Rechnung getragen

Endlich ist die Diskussion aus dem Groben heraus, und das tut dem Thema Währungsunion politisch wie wirtschaftlich gut. Der Umtausch geschieht nicht nach griffigen Faustformeln 1:1 oder 2:1, sondern es wird vernünftigerweise differenziert. Damit hat die Bundesregierung vielen Bedenken Rechnung getragen.

Deutsches Fernsehen

★ ★ ★

DDR-Bürger können zufrieden sein

Ich denke, die Bürger in der DDR können mit dem zufrieden sein, was die Bundesregierung ihnen angeboten hat. Sie erhalten jetzt endgültig ein Zahlungsmittel, mit dem sie in der ganzen Welt etwas anfangen können, und davon können eigentlich die Bürger in den anderen sozialistischen Staaten — in Ungarn oder in der Tschechoslowakei — nur träumen.

ZDF

Ein faires Angebot

Dieses Angebot macht nicht alle Blütenträume der DDR-Bürger wahr, aber fair ist es schon. Damit stehen die DDR-Bürger nach der Währungsunion nicht völlig mittellos dar. Die Rentner werden ebenfalls angemessen bedient. Übersiedeln in den Westen lohnt sich für DDR-Senioren kaum noch.

Norddeutscher Rundfunk

★ ★ ★

Die große Chance

Ein ungewöhnlich großzügiges Angebot... Bundeskanzler Kohl hat damit Wort gehalten. Und all jene Lügen gestraft, die — wider besseres Wissen — der Bundesregierung Wahlbetrug vorgeworfen haben...

Das Angebot der Bundesregierung zeigt den Weg auf, wie auch die Menschen in der DDR ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich aus eigener Kraft einen Wohlstand aufbauen können...

Es ist eine große Chance für die Menschen in der DDR. Sie bekommen als Starthilfe das Beste, was die Bundesrepublik zu bieten hat: die D-Mark. Es liegt jetzt an ihnen, daraus für ihre Zukunft das Beste zu machen.

Frankfurter Neue Presse

„Interessantes Angebot“

DDR-Regierungssprecher Matthias Gehler nannte das Ergebnis der Bonner Kabinettsrunde ein „interessantes Verhandlungsangebot“. Die Rahmenbedingungen bewegten sich „in Richtung der Vorstellungen, die Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung dargestellt“ habe. Sie stünden auch nicht im Widerspruch zu den Koalitionsvereinbarungen von CDU, DSU, Demokratischem Aufbruch, SPD und Liberalen.

Norbert Blüm:

Unsere Leistung — der Ausbau des Sozialstaates

Unsere Sozialpolitik seit 1982 kann sich sehen lassen. Wir haben die Sozialleistungen in den vergangenen Jahren kräftig aufgestockt. 1990 werden bei uns rund 705 Mrd. DM für Sozialleistungen aufgewendet. Das ist rund ein Drittel oder 178 Mrd. DM mehr als 1982, dem Jahr unseres Amtsantritts. Die Gesamtheit aller Sozialleistungen hat damit ein Finanzvolumen erreicht, das etwa 2 1/3 mal so groß ist wie der gesamte Bundeshaushalt. Für Soziales wird in der Bundesrepublik rund 13 mal mehr Geld ausgegeben als für Verteidigung (54,2 Mrd. DM). Pro Kopf der Bevölkerung stiegen die Leistungen für soziale Sicherheit seit 1982 von 8.543 DM auf 1990 rund 11.300 DM.

Schon wenige Zahlenvergleiche verdeutlichen die Wende zum Besseren im Bereich der sozialen Sicherheit:

- **Damals** hatten wir Minus-Wachstum: 1982 real minus 1 Prozent.
Heute haben wir Wachstum; 1988 real plus 3,4 Prozent, 1989 real plus 4 Prozent, 1990 können es wieder 4 Prozent werden.
- **Damals** gingen die Realeinkommen zurück: 1981: minus 1,8 Prozent, 1982: minus 2,2 Prozent.
Heute haben wir reale Einkommenssteigerungen: zwischen 1985 und 1990 plus 10,5 Prozent — und das bei einer tariflichen Wochenarbeitszeit, die im Durch-

schnitt von 40 auf 38 1/2 Stunden gesunken ist, und einem Mehr an Urlaubstagen. Allein 36 Prozent der Steigerung des verfügbaren Einkommens, die ein Durchschnittsverdiener (verheiratet, zwei Kinder) zwischen 1985 und 1990 zu verzeichnen hat, gehen auf steuerliche Entlastungen zurück.

- **Damals** hatten wir dramatische Arbeitsplatzverluste: Anfang der 80er Jahre gingen eine Million Arbeitsplätze verloren. **Heute** haben wir kräftige Arbeitsplatzgewinne: allein von Februar 1989 zu Februar 1990 plus 504.000 Arbeitsplätze, von 1983 bis heute über 1,5 Millionen Arbeitsplätze mehr und mit 28 Mio. den höchsten Beschäftigungsstand in der Nachkriegsgeschichte. Nie zuvor gab der Staat mehr Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus: 1982: 6,9 Mrd. DM, 1987: 13,2 Mrd. DM, 1989: 15,7 Mrd. DM, 1990: 17,7 Mrd. DM. Nie zuvor hatten bei uns mehr Menschen Arbeit, nie zuvor zahlten mehr Menschen Beiträge in unsere Sozialkassen.
- **Damals** hatten wir einen Sozialstaat, der vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Die Rentenkasse hatte nur noch Geld bis August 1983. **Heute** haben wir volle Sozialkassen mit einem Überschuß von 16 Mrd. DM allein im Jahr 1989 und deshalb soziale Sicherheit auf sicherem Fundament.

Erfolge der Gesundheitsreform

Allein die gesetzlichen Krankenversicherungen haben 1989 über neun Mrd. DM mehr eingenommen, als sie ausgeben mußten. Im Vorjahr war es noch umgekehrt: Die Ausgaben lagen 1,7 Mrd. DM höher als die Einnahmen. Unsere Kritiker sind widerlegt. Inzwischen sieht jeder: Die Gesundheitsreform zeigt Wirkung — und sie wirkt positiv. Bei gleichbleibend hoher Qualität unserer medizinischen Versorgung machen mehr Wettbewerb und mehr Wirtschaftlichkeit möglich, was von vornherein unsere Ziele waren:

● **Ziel: Entlastung** der Beitragszahler durch **sinkende Beitragssätze** und durch den **Wegfall von Zuzahlungen**.

Ohne Reform wäre der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung 1989 auf 13,5 Prozent und 1990 auf 14 Prozent gestiegen — durch die Reform blieb er 1989 erstmals seit Jahren stabil bei 12,9 Prozent. Zum Jahresbeginn 1990 ist er sogar gesunken — auf 12,8 Prozent, und er wird weiter sinken!

Zum 1. Januar 1990 haben

- ▶ 81 Ortskrankenkassen ihre Beiträge um bis zu 1,1 Prozentpunkte gesenkt.
- ▶ 136 Betriebskrankenkassen ihre Beiträge um 0,3 bis 2,4 Prozentpunkte gesenkt.
- ▶ 74 Innungskrankenkassen ihre Beiträge um bis zu 1,6 Prozentpunkte gesenkt.
- ▶ auch 4 Ersatzkassen ihre Beiträge um bis zu 0,9 Prozentpunkte gesenkt.

4,8 Millionen Beitragszahler wurden dadurch bereits entlastet. Für die nächsten Monate wurden von zahlreichen Kassen weitere Beitragssenkungen angekündigt, die noch einmal 5,9 Millionen

Beitragszahler entlasten werden. Sie sparen dadurch 17,7 Mrd. DM, die sie ohne unsere Reform allein 1989 und 1990 mehr zahlen müßten.

Hinzu kommt die Entlastung bei rd. 15 Millionen Renten. Denn erstmals seit Jahren erhalten die Rentner zum 1. Juli 1990 aufgrund der Erfolge der Gesundheitsreform eine volle Rentenanpassung.

Entlastet werden die Patienten auch durch den Festbetrag. Wann je ist die Pharmaindustrie mehr unter Preisdruck geraten als durch unsere Reform? Das kommt allen zugute. Für Millionen von Patienten entfällt seit September die Rezeptgebühr von 3 DM, wenn sie eines der bisher fast 2.000 Arzneimittel nehmen, die vom Festbetrag abgedeckt werden.

Mit den bereits beschlossenen Festbeträgen, die zum 1. Juli 1990 in Kraft treten, werden es fast 4.500 Arzneimittel sein, für die die Zuzahlung entfällt. Die Versicherten sparen dadurch 350 Mio. DM an Rezeptgebühren, die Krankenkassen durch die gesunkenen Preise 475 Mio. DM. Dieses Geld können sie für Sinnvolles verwenden, etwa für unser

● **Ziel: Ausbau der Vorsorge**

Dafür werden durch die Gesundheitsreform rd. 1 Mrd. DM mehr bereitgestellt: z.B. für den neuen regelmäßigen „Gesundheits-Check-up“ für alle über 35jährigen, für die flächendeckende Gruppenprophylaxe zur Verhütung von Zahnerkrankungen für rd. 6 Mio. Kinder, für eine weitere Vorsorgeuntersuchung etwa ein Jahr vor der Einschulung bei rd. 600.000 Kindern jährlich und für zahlreiche andere Vorsorgemaßnahmen.

● **Ziel: mehr Solidarität und Humanität** durch den **Einstieg in die häusliche Pflege**. Seit dem 1. Januar 1989 gibt es den Pflegeurlaub für diejenigen, die Schwerpfle-

gebedürftige pflegen. Allein 1989 haben rund 65.000 stille Samariter dafür eine finanzielle Hilfe erhalten. Das sind 65.000 Menschen mehr, denen konkret geholfen wurde. Ab 1. Januar 1991 wird den Pflegebedürftigen zudem eine von der Krankenkasse bezahlte Ersatzkraft für 25 Stunden im Monat zur Verfügung gestellt. Alternativ erhalten sie dafür 400 DM monatlich.

Im übrigen verbessert auch die zum 1. Januar 1990 in Kraft getretene 3. Stufe der Steuerreform die finanzielle Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Helfer. Der Freibetrag für Pflegebedürftige, die eine Haushaltshilfe beschäftigen, ist von 1.200 DM auf 1.800 DM angehoben worden.

Der Humanität neue Vorfahrtswege gebnet

Ganz neu eingeführt wurde die Regelung, daß bei Beschäftigung einer oder eines sozialversicherungspflichtigen Hausangehörigen sogar bis zu 12.000 DM im Jahr steuerlich als Sonderausgaben absetzbar sind. Damit fördern wir neue Arbeitsplätze in Privathaushalten und mehr menschliche Zuwendung.

Sozialpolitik ist mehr als Verteilungspolitik. Sie entscheidet auch über die Zukunft unseres Zusammenlebens. Wir wollen nicht die Gesellschaft, in der für alle Probleme jeweils die anderen zuständig sind. Das wäre die Abdankung der Selbständigkeit und Mündigkeit unserer Mitbürger. Selbstverantwortung ist die Quelle des Selbstwertgefühls der Menschen. Selbstverantwortung ist die Stütze der Mitverantwortung und damit der Solidarität. Gute Sozialpolitik ist Hilfe zur Selbsthilfe, Motor für mehr Solidarität. Dazu dient auch die Gesundheitsreform, wenn sie Leistungen auf das Notwendige konzentriert, um größere Lebensrisiken,

die über die Kraft des einzelnen gehen, solidarisch abzusichern. Wir wollen, daß auch weiterhin allen Bürgern die Leistungen der modernen Spitzenmedizin zur Verfügung stehen können: ob Sozialhilfeempfänger, Arbeiter, Angestellter oder Direktor. Sie alle sollen, wenn sie es brauchen, teure Operationen, Transplantationen oder sonstige Hilfen bekommen und medizinische Großgeräte nutzen können, die auf dem höchsten Stand der Technik sind. Sie alle sollen die neuen Vorsorgemaßnahmen und Pflegehilfen in Anspruch nehmen können. Das Geld ist dafür besser angelegt als für nicht notwendige Taxifahrten, überflüssigen Arzneimittelkonsum oder zu hohe Honorare.

Sichere und sozial gerechtere Renten

Auch bei der Rentenversicherung zeigen sich deutlich die Erfolge unserer Politik, die sozial sensibel ist für die Bedürfnisse der Menschen und darauf achtet, daß die Leistungskraft von Wirtschafts- und Sozialsystem aufeinander abgestimmt ist. Wir haben dafür gesorgt, daß sich die Rentenversicherung wieder in einer soliden Verfassung befindet. Ende 1982 war sie auf einem finanziellen Tiefpunkt angekommen. Seit 1985 gibt es dagegen wieder Überschüsse, jetzt bereits im fünften aufeinanderfolgenden Jahr. Die Schwankungsreserve konnte im letzten Jahr auf 25,8 Mrd. DM ausgebaut werden, was zwei Monatsausgaben entspricht. Wir stehen für den Aufbau und den Ausbau unseres Rentensystems durch eine Sozialpolitik, die neue Wege der sozialen Gerechtigkeit und neue Wege der Humanität beim Austritt aus dem Berufsleben beschritten hat. Ich denke etwa

- an die Herabsetzung der Mindestbeitragszeit für das Altersruhegeld ab 65 Jahre von 15 auf 5 Jahre, wodurch fast

200.000 Frauen eine eigene Rente erhielten;

- an die Anerkennung von drei Erziehungsjahren bei Geburten ab 1992, mit der wir das 1986 eingeführte Erziehungsjahr in der Rente gleich um zwei Jahre aufstocken. 1,5 Mio. jüngere Mütter ab Jahrgang 1921 und 2,8 Mio. Mütter der Geburtsjahrgänge 1916 und früher erhalten bereits eine Kindererziehungsleistung bei der Rente. Ab Oktober 1990 kommen die Mütter der Jahrgänge 1917 bis 1920 dazu. Dann ist das große Werk vollendet, der Durchbruch zu neuen Ufern in der Rentenversicherung für alle Mütter geschafft, ein hundertjähriges Unrecht gegenüber Frauen beseitigt;
- an die Kinderberücksichtigungszeiten, die ab 1992 ohne Beitragsleistung verhindern, daß sich erziehungsbedingte Lücken in der Rentenbiographie von Frauen nachteilig auswirken;
- an die neuen Pflegeberücksichtigungszeiten ab 1992, die die unschätzbare Arbeit derer endlich auch bei der Renten anerkennen, die pflegebedürftige Angehörige in der Familie betreuen;
- an das Ersetzen der frauen- und familienfeindlichen Halbbelegung im alten Rentenrecht durch das neue, wesentlich gerechtere System der Gesamtleistungsbewertung;
- an das stärkere Einbinden des Staates in die Verantwortung für die Sicherung der Renten angesichts ungünstiger werdender Altersstrukturen unserer Bevölkerung;
- an die neu geschaffene Möglichkeit, ab 1992 endlich nicht mehr abrupt von einem zu nächsten Tag aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu müssen,

sondern durch Altersteilzeit flexibel in den Ruhestand gleiten zu können.

Wir brauchen uns auch mit unserer Sozialpolitik nicht zu verstecken. Im Gegenteil: Wir können stolz darauf sein, daß wir unsere Sozialsysteme in der ersten Phase nach der Regierungsübernahme vor dem Zusammenbruch bewahrt haben. In der zweiten Phase haben wir sie stabilisiert. Danach haben wir sie ausgebaut: durch die Gesundheitsreform, durch die Renten- und die Steuerreform und auch durch weitere große familienpolitische Meilensteine: Ich denke an das Erziehungsgeld, das von 1986 bis heute über 2,5 Mio. Müttern oder Vätern geholfen hat. Ich denke an die neu geschaffene Bundesstiftung „Mutter und Kind“, die seit 1984 über 300.000 Familien das Ja zu Kindern möglich gemacht hat mit Hilfen von über 600 Mio. DM. Erziehungsgeld und die Stiftung „Mutter und Kind“ sind ebenso wie unsere anderen neuen Maßnahmen notwendige und wichtige Ergänzungen unseres sozialen Sicherungssystems.

Die Solidarität stärken, soziale Gerechtigkeit ausbauen und der Humanität neue Vorfahrtwege ebnen — das sind Kennzeichen unserer Sozialpolitik der vergangenen 8 Jahre.

UID-Dokumentation

Die Dokumentation „Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern“ im grünen Teil dieser Ausgabe ist als UID-Dokumentation 14/90 in Broschürenform in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, ab sofort zu beziehen.

Bestell-Nr.: 5251

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis je 50 Exemplare: 20, — DM
zuzügl. MwSt.

Dorothee Wilms:

Die Zonenrandförderung muß zunächst noch fortgesetzt werden

131 Millionen DM sind im Jahre 1989 für kulturelle und soziale Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung im Zonenrandgebiet aufgewendet worden. Dies erklärte die Bundesministerin für Innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, anlässlich der Veröffentlichung des Zonenrandberichtes 1989 ihres Hauses. Der Bericht belegt, in welchem Umfang und in welcher Vielfalt die soziale und kulturelle Infrastruktur im Zonenrandgebiet durch den Bund unterstützt wird.

Auch nach der Grenzöffnung sind diese Hilfen — so Dorothee Wilms — neben den Förderungsprogrammen für Wirtschaft und Verkehr von besonderer Bedeutung für das Zonenrandgebiet. Ziel der Förderung war es auch im Jahre 1989, ein mitten in Deutschland liegendes Grenzgebiet nicht zu einem Raum mit ständig abnehmender Bevölkerungsdichte und nachlassender Wirtschaftskraft werden zu lassen.

Die Zonenrandförderung im sozialen und kulturellen Bereich umfaßte im einzel-

nen: Kulturelle Maßnahmen, Einrichtungen und Veranstaltungen (insbesondere im Bereich der Erwachsenenbildung, des Büchereiwesens, der Theater- und Festspiele, der Musikpflege, des Baues von Tagungsstätten, der Heimat- und Volkstumspflege und der Denkmalpflege), den Bau und die Einrichtung von Kindergärten, Schulen und Sporteinrichtungen, Stätten der Jugendarbeit, Erholungseinrichtungen und Einrichtungen für die ältere Generation, Rehabilitationsstätten, Werkstätten und Wohnanlagen für Behinderte sowie den Wohnungsbau.

Förderschwerpunkt 1989: Sport und Kultur

Ein besonderer Schwerpunkt der Förderung lag im Jahre 1989 auf kulturellen und auf Sportmaßnahmen. Dies entsprach der besonders hohen Nachfrage in diesen Bereichen. Im einzelnen verteilten sich die Aufwendungen des Bundes für die soziale und kulturelle Zonenrandförderung des Jahres 1989 auf folgende Bereiche:

● 1.061 kulturelle Maßnahmen	51,3 Mio. DM
● 398 Sportmaßnahmen	28,6 Mio. DM
● 24 Einrichtungen der beruflichen Bildung	7,6 Mio. DM
● 12 Rehabilitationseinrichtungen	9,6 Mio. DM
● 18 Einrichtungen für die ältere Generation	7,8 Mio. DM
● 38 Einrichtungen der Jugendarbeit	10,8 Mio. DM
● 2 Erholungseinrichtungen	0,6 Mio. DM
● 104 Schulen	10,6 Mio. DM
● 84 Kindergärten	4,6 Mio. DM

Nur mit dieser Förderung war es möglich, so Dorothee Wilms, ein dem übrigen Bundesgebiet mindestens vergleichbares Angebot an kulturellen Veranstaltungen wie sozialen Einrichtungen zu gewährleisten. Darüber hinaus war das Zonenrandgebiet aber auch an anderen bundesweiten Programmen zur Förderung sozialer und kultureller Einrichtungen beteiligt. Die in diesem Rahmen bewilligten Bundeszuschüsse summieren sich 1989 auf insgesamt 54,1 Millionen DM zuzüglich 7 Millionen DM für 32 Projekte insbesondere des beruflichen Schulbaus aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und neun Förderungsvorhaben, für die 11,7 Millionen DM zinsgünstige ERP-Darlehen zugesagt wurden.

Maßgeblich für den Erfolg der gesamten Zonenrandförderung sind daneben Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen einschließlich des Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Hierfür wurden Investitionszulagen und -zuschüsse in Höhe von ca. 582 Millionen DM bereitgestellt. Damit wurde

Insgesamt 22 000 Dauerarbeitsplätze geschaffen

ein Investitionsvolumen von rd. 8,9 Milliarden DM gefördert. Nach Angaben der begünstigten Unternehmen wurden dabei insgesamt 22.000 zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen und etwa 94.000 Arbeitsplätze durch Maßnahmen der Produktionsumstellung oder grundlegenden Rationalisierung gesichert.

Auch für die nähere Zukunft hält die Bundesministerin die Zonenrandförderung für unverzichtbar. Sie betonte: „Die Öffnung der innerdeutschen Grenze im November 1989 und die guten Aussichten auf eine baldige Wiedervereinigung lassen hoffen, daß die Zonenrandförderung

in absehbarer Zeit nicht mehr erforderlich sein wird. Noch aber liegen die Voraussetzungen für einen ungehinderten Wirtschaftsverkehr über die innerdeutsche Grenze hinweg nicht vor. Zudem müssen wir mit Anpassungsschwierigkeiten beim Aufeinandertreffen von zwei unterschiedlichen Wirtschaftssystemen rechnen. Die damit verbundenen Probleme können nur mit der Zeit bewältigt werden. Die Zonenrandförderung muß daher zunächst und über den Tag der deutschen Einheit hinaus fortgesetzt werden. Ein vorschnelles Abgehen von der Zonenrandförderung darf es so lange nicht geben, bis diese Region die ihr jetzt zukommende Brückenfunktion erfüllt hat und es der besonderen Bevorzugung durch das Zonenrandförderungsgesetz nicht mehr bedarf.“

Zum erstenmal eine Frau Polizeipräsident in Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg hat bald seine erste Polizeipräsidentin: Die derzeit noch im Stuttgarter Innenministerium tätige Regierungsministerin Hildegard Gerecke (39) wird Anfang Mai Polizeipräsidentin in Karlsruhe.

Der baden-württembergische Innenminister Dietmar Schlee, der die Personalentscheidung bekanntgab, sieht in der Wahl ein Signal für eine verstärkte Öffnung des Polizeiberufes auch für Frauen. Da sich weibliche Polizeikräfte bislang bestens bewährt hätten, müßten auch Führungsfunktionen für Frauen offen sein, erklärte er. Frau Gerecke, eine Juristin, ist die Tochter des früheren Karlsruher Landespolizeipräsidenten Heinz Gerecke.

Bundeswehr-Forum

Paul Breuer: Die Bundeswehr ist das legitime Kind der Demokratie

Im Rahmen des Programmes der CDU Deutschlands „CDU an der Seite der Bundeswehr“ fand am 29. März 1990 die zweite große Veranstaltung auf Bundesebene statt. Unter dem Motto „Bundeswehr-Forum“ versammelten sich etwa 250 Teilnehmer im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Hauptredner der Veranstaltung war Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg. Der Bundeswehrbeauftragte der CDU Deutschlands Paul Breuer eröffnete die Veranstaltung.

„Wir waren mit dem Modell Bundesrepublik Deutschland erfolgreich.“ Mit diesen Worten zeichnete der Beauftragte der CDU für die Bundeswehr und Bundestagsabgeordnete, Paul Breuer, das Bild einer erfolgreichen Demokratie westlicher Prägung innerhalb der europäischen Gemeinschaft und als Partner im Nordatlantischen Bündnis. Der bundesdeutsche Weg sei auch deshalb so erfolgreich, weil die Konzeption der NATO erfolgreich war, betonte Paul Breuer und fuhr fort: „Die NATO ist auf dem Konsensprinzip organisiert, das 16 souveräne Staaten miteinander verbindet. Das war kein Prinzip der Zwangsorganisation, sondern ein Prinzip des Konsenses zwischen souveränen Partnern.“ Nach Ansicht Breuers ist dieser Erfolg auch der Bundeswehr zu verdanken.

Zugleich warnte Breuer davor, die Veränderungen in Europa außer acht zu lassen. „Sicherheitspolitik ist“, so der Beauftragte für die Bundeswehr, „mehr als Verteidigungspolitik, sie ist Wirtschaftspoli-

itik, Kulturpolitik und vieles mehr.“ Breuer hob hervor: „Die europäische Sicherheitspolitik, die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, eingebunden in die europäische und transatlantische Sicherheitspolitik, wird die neuen kulturellen Strömungen in Europa aufnehmen müssen, um auch in der Zukunft konsensfähig zu bleiben.“ Nach Ansicht des Wehrexperten werde mit dieser Einbindung in internationale Bezugspunkte auch der Standort der Bundesrepublik eindeutig bestimmt. „Wir können nur im Westen, im christlichen Abendland, verbunden mit den Werten westlicher Demokratien, also in der NATO stehen“, so Breuer wörtlich.

Für Frieden und Freiheit

Mit Blick auf die Bundeswehr kritisierte Breuer diejenigen, die für die Bundeswehr eine neue Legitimation forderten.

„Die Bundeswehr ist das legitime Kind der Demokratie“, betonte Breuer und führte aus, mit der Bundeswehr habe die Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität bekommen. Die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis habe der Bundesrepublik die Politikfähigkeit und damit die Möglichkeit gegeben, mitzureden und Einfluß zu nehmen. Breuer: „Diese Legitimation für die Bundeswehr, die es bisher geschafft hat, unseren Beitrag für Frieden und für Freiheit zu leisten, bleibt auch in einem neuen zukünftigen Europa bestehen.“

Diese Legitimation, so Breuer, sei insbesondere durch die Einbindung der Bun-

deswehr in unser Gemeinwesen und die Integration in unsere Gesellschaft vorhanden. Der Erfolg sei in der Tatsache begründet, daß die Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee sei. Der junge Staatsbürger in Uniform erkenne zusammen mit den Zeit- und Berufssoldaten die Verpflichtung, durch seinen Dienst zur Erhaltung der Freiheit und des Friedens beizutragen.

Damit sei gewährleistet, betonte Breuer, „daß Rechte und Pflichten und nicht nur Rechte gegeneinander abzuwägen und miteinander zu verbinden sind. Dies ist in einem demokratischen Staatswesen notwendig und bildet den Nährboden für die Legitimation in einem demokratischen Staat.“

Nach Auffassung Breuers würde die Demokratie an Glaubwürdigkeit verlieren, gehe es nur noch darum, sich Rechte zu nehmen.

Abschließend betonte Breuer, die Bundeswehr werde erheblich verkleinert werden, aber bei aller Umgestaltung in der Zukunft bestehe die Notwendigkeit für eine Wehrpflichtarmee.

Arbeit in den Arbeitskreisen

Die auf der Fach-Tagung gebildeten Arbeitskreise wurden von Fachabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geleitet. Bernd Wilz, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, saß dem Arbeitskreis „Die Zukunft der Bundeswehr“ vor, Johannes Ganz, Berichterstatter Soziales im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, betreute den Arbeitskreis „Soziale Lage der Soldaten“ und Karl Lamers, abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, leitete den Arbeitskreis „Sicherheitspolitische Lage in Europa“.

Bernd Wilz:

Die CDU muß auch künftig die Meinungsführerschaft in der Verteidigungspolitik behalten

Die von Kabinett und Koalition im Dezember 1989 beschlossene Bundeswehrplanung fand Zustimmung. In Erwartung der Ergebnisse von Wien wird danach der Umfang der Streitkräfte um 20 Prozent auf 400.000 Soldaten verringert. Baldige Folgeverhandlungen sollen zusätzliche, drastische Truppenreduzierungen der sowjetischen Streitkräfte und eine weitergehende Verkleinerung der Bundeswehr ermöglichen. Damit könnte die Absicht verwirklicht werden, den z. Zt. auf 15 Monate festgelegten Grundwehrdienst auf 12 Monate zu vermindern. Gleichzeitig ist eine noch sinnvollere Dienstgestaltung vorzusehen, die die jungen Soldaten in geeignetem Maße fordert. An der Wehrpflichtarmee soll nicht zuletzt aus den bisher gemachten guten Erfahrungen festgehalten werden.

Mit der Verminderung des Friedensumfangs ist auch eine einschneidende Reduzierung des Verteidigungsumfanges vorgesehen. Ein verändertes Reservistenkonzept mit weniger Wehrübungen ist eine Folge. Dies wird auch zu einer Entlastung der Wirtschaft führen, insbesondere der mittelständischen Betriebe.

Einhellige Meinung war, den Umweltschutz als ergänzende Funktion in die Bundeswehr aufzunehmen und gleichzeitig die Infrastrukturmaßnahmen in diesem Bereich zu verbessern.

Von besonderem Interesse war die Frage nach der Bedeutung der Marine. Auch

künftig wird die Marine wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, die möglicherweise im Rahmen einer Europäischen Sicherheitsstruktur auch über den Einsatz in Nord- und Ostsee hinausgehen können.

Die geplante Verringerung der Bundeswehr und der Abzug von NATO-Streitkräften und damit verbundene Standortauflösungen führen zu Beunruhigung vor allem in strukturschwachen Regionen. Alle Fragen, die das zivile Personal und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten betreffen, sind sozialverträglich zu lösen. Endgültige Entscheidungen sind nicht vor 1991/92 zu erwarten.

Abschließend wurde übereinstimmend festgestellt: Die Öffentlichkeitsarbeit der CDU muß verbessert werden. Ungeteilte Zustimmung galt dem Vorschlag des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, daß Mandatsträger auf allen Ebenen die Sicherheitspolitik der Union offensiv vertreten sollen. Wir dürfen das Feld nicht anderen überlassen. Auch künftig muß die CDU die Meinungsführerschaft in der Verteidigungspolitik behalten.

Karl Lamers: Die NATO ist die einzige intakte sicherheitspolitische Struktur in Westeuropa

Breite Übereinstimmung bestand in den folgenden Grundansichten:

1. Es gibt drei Lösungsansätze für den zukünftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands und damit für die zukünftigen Strukturen in Europa: Die KSZE, die NATO und neu zu schaffende westeuropäische Sicherheitsstrukturen. Die KSZE

ist in der Lage, die Bedeutung des militärischen Faktors durch Abrüstung soweit zu verringern, daß die anstehenden Probleme überhaupt lösbar werden. Abrüstung bedeutet zum einen Reduzierung, aber auch qualitative Veränderung hin zu Defensivität und schließlich und vor allen Dingen, daß Sicherheit vereinbart wird und Fragen der militärischen Strukturen nicht mehr souverän auf nationaler Ebene entschieden werden, weil es völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen gibt. Allerdings bleiben militärische Anstrengungen auch in der Zukunft notwendig, und diese zu organisieren, kann die KSZE nicht leisten.

2. Die NATO ist die einzige intakte sicherheitspolitische Struktur in Westeuropa und daher unverzichtbar. Ihre Aufgaben bleiben:

Schutz vor den Unwägbarkeiten der sowjetischen Entwicklung, die Integration des deutschen Potentials, und zwar in Zukunft des gesamtdeutschen Potentials und vor allen Dingen, drittens, die Grundlage zu bilden für die Entwicklung weiterführender europäischer Sicherheitsstrukturen.

3. Die zukünftigen militärischen Strukturen müssen übereinstimmen mit den politischen Strukturen in Europa. Wieweit die Europäer zukünftig die Hauptverantwortung für ihre Sicherheit übernehmen könnten, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, aber daß europäische Sicherheitsstrukturen entwickelt werden müssen, ist unstrittig. Damit muß begonnen werden, obwohl sie in der unmittelbaren Zukunft keinen Ersatz für die NATO sein können und klar ist, daß auch nach der Phase der politischen Konsolidierung in Osteuropa und der Implementierung von Abrüstungsvereinbarungen die USA nach wie vor neben der politischen auch eine militärische Rolle in Europa spielen sollten.

Für diese Entwicklung ist wichtig, daß es bei den 2 + 4-Verhandlungen keine isolierten Lösungen für Deutschland gibt, beispielsweise Obergrenzen für deutsche Streitkräfte, weil damit die Bündnisobergrenzen bei den Verhandlungen in Wien unterminiert und folglich das bisherige Verfahren obsolet würde: Die NATO würde abrüstungspolitisch handlungsunfähig gemacht.

Johannes Ganz: Soziale Lage der Soldaten

Zunächst einmal möchte ich mit Stolz auf die Leistungen verweisen, die von dieser Bundesregierung und den sie tragenden Koalitionsfraktionen für die Soldaten in den letzten acht Jahren erbracht wurden.

Stellenplanverbesserungen:

Wiedereinführung des Spitzendienstgrades für Unteroffiziere,

2950 Stellen für den Uffz.bereich

3460 Stellen für die Offiziere

500 Hebungen von A11 nach A13 für die sog. „Hammelburger Hauptleute“

Besoldung/Wehrsold:

Wiedereinführung der Weiterverpflichtungsprämie

Erhöhung und Ausweitung der Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen

Erhöhung des Wehrsolds im Zwei-Jahresrhythmus

Erhöhung des Weihnachts- und Entlassungsgeldes für Grundwehrdienstleistende

Außerdem wurden die Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz um 30 Prozent erhöht und ihre Dynamisierung beschlossen. Es wurden das Überbrückungsgeld, Weihnachtsgeld und die Beihilfe bei Geburt für Ehefrauen von GWDL neu eingeführt. Wir haben endlich die Gleichstellung Wehrübender aus

der Freien Wirtschaft mit dem Öffentlichen Dienst herbeigeführt. Wir haben den § 55a SVG angepackt, mit der Folge, daß nunmehr 40 Prozent der Rentenbezüge nicht auf die Pension angerechnet werden.

Als aktuellstes Beispiel darf ich die Beschlüsse des Haushaltsausschusses vom 28.3.1990 anführen. Grundlage hierfür waren die Anträge der Arbeitsgruppe Verteidigung:

Zu den im Haushalt 1990 beschlossenen 21 neuen Stellen für Oberstabsfeldwebel A9 mA kommen 180 Stellen hinzu.

Zusätzlich werden 600 Dienstposten von A9 nach A9 mA angehoben. Für den Bereich A9 waren 91 neue Stellen eingerichtet, für den Bereich A8 mA waren im Haushalt 1990 258 neue Stellen vorgesehen; es kommen nun 500 Stellen hinzu.

Dies sind keine Wohltaten, sondern es ist dazu angetan, den vorhandenen Stau im Bereich der Unteroffiziere zu mildern.

Trotz dieser positiven Bilanz bleibt die Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten ein Dauerthema für alle Beteiligten. In absehbarer Zeit sind noch einige wichtige Themen abzudecken auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge und des Zulagenwesens. Weiter steht das Thema Beteiligungsrechte der Soldaten an. Die Zeit, ein Gesetz über die Beteiligungsrechte der Streitkräfte noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, reicht nicht mehr. Wir werden aber dennoch bis Ende des Jahres versuchen, wenigstens das Vertrauensmännerrecht zu stärken.

Das Thema Fürsorge für erwerbstätige Frauen von Soldaten muß überdacht werden. Es wird weiter der Erlaß zur Dienstzeitbelastung erneuert, und die Beträge, die für mehr Dienststunden gezahlt werden, sollen verdoppelt werden. Ein Dauerthema wird der Besoldungsstellenplan bleiben.

Gerhard Stoltenberg:

Die NATO als politischer Schrittmacher des neuen Europa

Sicherheitspolitik bedeutet heute, auf einem stabilen Fundament Konzepte für ein neues System grenzüberschreitender politischer, wirtschaftlicher, ökologischer und nicht zuletzt sicherheitspolitischer Zusammenarbeit in ganz Europa zu entwickeln. Eine auf Freiheit, Selbstbestimmung und vor allem Gleichberechtigung aller Staaten beruhende Friedensordnung in Europa bleibt das zentrale Ziel unserer Politik.

In der Phase des Übergangs und der außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderung Osteuropas sind wir ganz besonders auf einen Kurs des politischen Realismus angewiesen.

Ein neutralisiertes Deutschland würde nicht zur Stabilität Europas beitragen, sondern Unsicherheit schaffen. Deshalb bleibt die Integration unserer Bundeswehr in das System kollektiver Sicherheit mit den verbündeten Streitkräften auf dem Territorium der heutigen Bundesrepublik Deutschland militärisch wie politisch weiterhin von großer Bedeutung.

Der Wandel im Ost-West-Verhältnis, der Fortgang der Rüstungskontrolle sowie das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten werden Auswirkungen auch auf unsere Streitkräfte und deren Struktur haben.

Wir streben jetzt eine Verringerung der Zahl der aktiven Soldaten von 495.000 auf 400.000 an. Sie erfolgt im wesentlichen bei den Grundwehrdienstleistenden. Bei den Berufs- und Zeitsoldaten sind nur begrenzte Veränderungen gegenüber

den bisherigen Planungszielen vorgesehen. Damit wird die Bundeswehr insgesamt zwar kleiner, aber zugleich professioneller und moderner. Niemand sollte die tiefgreifenden Wirkungen dieser bereits beschlossenen Maßnahmen unterschätzen. Wir planen einen Rückgang der Bundeswehr um fast 100.000 Soldaten und rechnen mit einem Rückgang der Zahl der US-Soldaten in Deutschland von rund 250.000 auf weniger als 200.000. Darüber hinaus ist unter den Bedingungen einer erheblichen Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte im Zuge der

Auszug aus der Rede vom
29. März 1990 im Konrad-
Adenauer-Haus:
Die Bundeswehr in einem
neuen sicherheitspolitischen
Umfeld

weiteren Wiener Verhandlungen eine Verkürzung des Wehrdienstes auf 12 Monate vorstellbar.

Wir sind dabei, die Eckwerte in einer Einzelplanung für Heer, Luftwaffe und Marine umzusetzen. Die Folgeprobleme für die Bundeswehrverwaltung mit fast 200.000 zivilen Mitarbeitern werden ebenso untersucht. Auch der Verteidigungsumfang der Bundeswehr ist neu zu bestimmen. Heute beträgt er 1,34 Millionen Soldaten. Wir werden noch in diesem Jahr diese Zahl überprüfen und erheblich verringern.

Ebenso müssen wir die Struktur unserer Streitkräfte modifizieren und anpassen. Mit der Verringerung des aktiven Umfangs wird in allen Teilstreitkräften eine Verringerung der Zahl der Verbände einhergehen. Dies steht im Einklang mit unserer Erwartung, daß es in Wien insbesondere zu einer Reduzierung bei bestimmten Hauptwaffensystemen der Land- und Luftstreitkräfte kommen wird.

Es bleibt aber weiterhin der politische Grundsatz der Bundesregierung, daß die Bundeswehr auch in den neunziger Jahren in der Lage sein muß, ihren Auftrag und ihre Bündnisverpflichtungen mit modernen Streitkräften zu erfüllen. Wir wissen, daß eine verantwortungsbewußte Sicherheitspolitik trotz der Verbesserung der allgemeinen politischen Rahmenbedingungen und fortschreitender Abrüstung auf militärische Vorsorgemaßnahmen zur Kriegsverhinderung und Konflikteindämmung angewiesen bleibt. Ein neues europäisches Sicherheitssystem ist nur möglich auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit in einem handlungsfähigen und solidarischen Bündnis.

Die Fundamente von Stabilität und Sicherheit

Heute beweist sich, daß die Integration Westeuropas, das Bündnis mit unseren nordamerikanischen Partnern und unser gemeinsamer Selbstbehauptungswille gegenüber der totalitären Gefährdung unserer Freiheit zu den zentralen Fundamenten europäischer Stabilität und Sicherheit gehören. Dazu zählt unverändert auch unser deutscher Verteidigungsbeitrag im Bündnis.

Die Wahrnehmung und Gestaltung der europäischen Zukunft sowie die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses können auch weiterhin nur auf der Grundlage des westlichen Bündnisses und der

weiterbestehenden Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Zentraleuropa gelingen. Es wäre ein schwerwiegender strategischer Irrtum, bei der zunehmenden Erosion des Warschauer Paktes, quasi im Gegenzug, die NATO zur Disposition zu stellen. Im Gegensatz zum Warschauer Pakt war das Atlantische Bündnis stets ein partnerschaftliches Bündnis zum Erhalt der Freiheit.

Unsere Verteidigungsfähigkeit muß erhalten bleiben

Unserer Politik und dem westlichen Bündnis stellen sich für die neunziger Jahre folgende konkrete Aufgaben:

1 Die Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit, um jede Aggression und somit jeden Krieg in oder gegen Europa zu verhindern. Die Wahrung von Sicherheit bleibt Grundlage und Aufgabe der Freiheit. Allerdings wird die Sicherheit in Europa langfristig auf einem erheblich reduzierten Niveau konventioneller und nuklearer Streitkräfte gewährleistet werden.

Wir verfolgen eine Politik, die ein notwendiges Minimum der Rüstungen und ein Höchstmaß an Sicherheit in einem Stabilitätskonzept verbindet.

Die Veränderung im internationalen Umfeld wird langfristig auch zu einer Fortentwicklung in Strategie und militärischer Struktur des Bündnisses führen. Unsere nuklearen und konventionellen Streitkräfte dienen dann weniger der direkten Abschreckung als der Absicherung und Stabilisierung eines vertraglich vereinbarten Systems gegenseitiger Sicherheit in Europa.

2 Ausgestaltung, Überwachung und vor allem dynamische Fortschreibung des gegenwärtigen Rüstungskontrollprozesses. Ein Abkommen über die konventio-

nellen Streitkräfte ist der Eckpfeiler der von uns gewollten neuen Sicherheitsstruktur für Europa.

3 Die politische Neuorganisation Europas. Mit der Fortschreibung des KSZE-Prozesses bietet sich für die Mitglieder der Bündnisse und die neutralen Staaten ein geeignetes Forum an, um die zentralen Sicherheitsfragen Gesamteuropas unter Einbeziehung Nordamerikas zu verhandeln. Dabei ist die Lösung der deutschen Frage mit den Überlegungen zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu verbinden sowie ein Konzept kooperativer, abgestimmter Sicherheit zu entwickeln und schließlich in völkerrechtlichen Normen festzulegen.

4 Festigung und Ausbau der Europäischen Gemeinschaft in transatlantischer Perspektive. Im Prozeß der europäischen und weltpolitischen Veränderungen rückt zunehmend die Frage der Verantwortung der Seite Nordamerikas hat Westeuropa verstärkt politische, aber auch sicherheitspolitische Verantwortung auf unserem Kontinent und darüber hinaus zu übernehmen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation Westeuropas zu stellen.

Chancen für den Neuaufbau demokratischer Strukturen

5 Die weltpolitischen Veränderungen bieten die Chance für den Neuaufbau demokratischer Strukturen auch außerhalb Europas und Nordamerikas. Zugleich ist es unsere heutige Aufgabe, an der Eingrenzung und Beilegung regionaler Konflikte außerhalb Europas politisch mitzuwirken. Angesichts möglicher neuer Spannungen durch unkontrollierte religiös-fundamentalistische und nationa-

listische Strömungen, Terrorismus und Waffenproliferation, aber auch Drogenhandel und der zunehmenden Probleme der Entwicklungsländer ist eine gemeinsame Politik der westlichen Industrienationen notwendiger als jemals zuvor.

Die NATO als politischer Schrittmacher des neuen Europa, die Fortführung des KSZE-Prozesses, weiterführende Schritte in der Rüstungskontrolle, die Vertiefung der westeuropäischen Integration im Rahmen der EG, verbunden mit einem Kooperations- und Assoziierungsangebot an die Staaten Osteuropas — das ist also der Rahmen, in dem sich die endgültige Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vollziehen muß.

Raschen Ausbau der Gymnasialstufe in der DDR gefordert

Einen raschen und zügigen Ausbau der Gymnasialstufe und die Gründung eigenständiger Gymnasien in der DDR haben der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Bernhard Fluck, und der Vorsitzende des Philologenverbandes der DDR, Peter Luecke, auf einer gemeinsamen Sitzung am 23. April 1990 in Ost-Berlin mit Nachdruck gefordert.

Nur wenn die Einheitsschule der DDR zu einem differenzierten, begabtenfördernden und leistungsbezogenen Bildungswesen umgestaltet wird, können die Defizite der DDR-Abiturienten abgebaut und ihre Wettbewerbsfähigkeit im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich gesichert werden.

Trauer um Helmut Lemke

In einem Brief an Frau Annemarie Lemke, Witwe des verstorbenen früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Helmut Lemke, hat der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Verdienste Lemkes gewürdigt:

Die Nachricht vom plötzlichen Tod Ihres Gatten erfüllt mich mit großer Trauer. Ihnen und Ihrer Familie möchte ich meine tief empfundene Anteilnahme und mein herzliches Beileid über den schmerzlichen Verlust aussprechen.

Helmut Lemke gehörte zu den großen und prägenden Persönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte Schleswig-Holsteins. Als Kultus- und Innenminister, als Ministerpräsident von 1962 bis 1971 und danach als Präsident des Landtages hat er über viele Jahre hinweg in führenden Positionen Verantwortung getragen und die Politik des Landes maßgeblich mitgestaltet.

Er hat von 1964 bis 1971 als Landesvorsitzender das Gesicht der Christlich Demokratischen Union in Schleswig-Holstein entscheidend mitgeprägt. Bis zuletzt hat er sich — auch in schwieriger Zeit — mit seiner Erfahrung und seinem großen persönlichen Ansehen für die Union eingesetzt.

Weil er in seiner Heimat fest verwurzelt war und er im besten Sinne des Wortes Charakter und Eigenart der Schleswig-Holsteiner verkörperte,



gewann er das Vertrauen der Menschen, und — dank seines unverwechselfähigen Humors — auch ihre Herzen. Seine Lebensleistung ist beispielhaft dafür, daß in der Demokratie Großes im Dienste der Menschen nur leisten kann, wer stets mit ihnen fest verbunden bleibt.

Mich haben sein Verständnis der Politik und sein Handeln aus christlicher Verantwortung, seine Aufrichtigkeit, Gradlinigkeit und seine Festigkeit tief beeindruckt. Er war für mich mehr als ein verlässlicher Partner. Mit ihm habe ich einen Freund und guten Kameraden verloren, dem ich großen Dank schulde.

Die Christlich Demokratische Union trauert um Helmut Lemke. Er hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.

**OHNE
FRAUEN
IST KEIN
STAAT ZU
MACHEN**



**FRAUEN
UNION**

Neu: Plakat-Überkleber

Rechtzeitig seit Beginn des Wahljahres 1990 ist der Plakat-Überkleber im IS-Versandzentrum erhältlich. Auf grün fluoreszierendem Papier zeigt der 15 x 42 cm große Streifen: „Wir danken für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nr.: 8196
Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 49,50 DM zzgl.MwSt.

Bestellungen an:
IS Versandzentrum
Postfach 13 28, 4804 Vermold

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ — dieses Motto hat die Frauen-Union auf ihren Aufkleber geschrieben, der für die Arbeit der Frauen-Union in Ost und West entwickelt wurde. Er steht ab sofort für Ihre Aktionen und Veranstaltungen im IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, zur Verfügung.

Bestell-Nr.: 9249
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis je 50 Exemplare: 15, — DM
Die Preise verstehen sich ohne MwSt inkl. Versandkosten.

**Wir danken
für Ihr Vertrauen
CDU**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wieder neu: Wasserball mit CDU-Aufdruck



Bestell-Nr.: 9778, Mindestabnahme: 25 Stück, Preis je 25 Stück: 35,— DM
Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD

14/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.